



Bären-Statement vom Rosenheimer Landrat

Beitrag

„Der Umgang mit großen Beutegreifern, wie Wölfen und Bären, verlangt Veränderungen. Wir müssen flexibler und schneller reagieren können. Die Vorfälle in Garmisch und Trentin haben gezeigt, dass lageangepasstes Handeln essenziell ist. Es braucht Lösungen, wie wir schnell und rechtssicher gegen verhaltensauffällige Wölfe und Bären vorgehen können. Dazu muss der Schutzstatus dieser Tiere überdacht werden. Die Bundesregierung muss dieses Thema angehen, die Sorgen und Probleme der Bevölkerung im Allgemeinen sowie der Landwirte und Almbauern im Speziellen ernst nehmen und die nötigen Konsequenzen ziehen, um möglichst schnell eine Rechtslage zu schaffen, die es erlaubt, lageangepasst und zügig reagieren zu können.

Der Rosenheimer Kreistag hat bereits im April 2022 die Staatsregierung aufgefordert, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union für die Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes in der EU-FFH-Richtlinie einzusetzen und die Population nicht punktuell, sondern staatenübergreifend zu betrachten, um den Erhaltungszustand des Wolfes zu bewerten. Wenn wir nicht reagieren und die rund 200 Almbauern in unserer Region unterstützen, werden Großteile der Almfläche nicht mehr bewirtschaftet und die Wiesen werden verbuschen. Der Schaden für seltene Tier- und Pflanzenarten wäre gravierend. Deswegen muss vor allem in Gebieten, in denen die Errichtung von Schutzzäunen oder andere Schutzmaßnahmen für die Almbauern nicht zumutbar sind, die vereinfachte Entnahme dieser Tiere vorangetrieben werden. Vor diesem Hintergrund ist der Nachweis eines Braunbären im Landkreis Rosenheim sehr ernst zu nehmen. Ich empfehle deshalb, sich über die Verhaltensregeln im Umgang mit großen Beutegreifern zu informieren, wenn Sie in die Berge wollen.“

Bericht: LRA Rosenheim

Kategorie

1. Natur & Umwelt

Schlagworte



1. Bären-Statement
2. Bayern
3. München-Oberbayern
4. Rosenheim